

*Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik*

MEMORANDUM 2004

**Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit-
Reform statt Gegenreform**

PapyRossa Verlag

Inhalt

L	Kurzfassung des Memorandum	9
n.	Langfassung des Memorandum	51
1.	<i>Solidarität im Sozialstaat - Alternativen zur selbstgemachten Krise</i>	52
1.1	Sozialstaat in der Krise?	52
1.1.1	Regierungspolitik: Bewältigung der Finanzierungskrise durch Sozialabbau	52
1.1.2	Probleme und Scheinprobleme: Ursachen für die Finanzierungskrise der Sozialsysteme	58
1.2	Renten: Sicherer Lebensstandard im Alter	80
1.2.1	Umbau der Alterssicherung: Generationengerechtigkeit	80
1.2.2	Ursachen der Finanzierungsprobleme	81
1.2.3	Belastungen der Rentnerinnen	84
1.2.4	Gerechtigkeitsprobleme innerhalb und nicht zwischen den Generationen	85
1.2.5	Herausforderungen durch die demografische Entwicklung	88
1.2.6	Ausbau der privaten Vorsorge?	90
1.2.7	Nachhaltigkeitsfaktor: Rentenniveau im Fall nach unten	93
1.2.8	Weitere Anreize zum Ausbau der privaten Alters Vorsorge durch den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung	94
1.2.9	Ausweitung des Versichertenkreises erforderlich: Rentenversicherung als Bürgerversicherung	98
1.2.10	Beschäftigungsförderung statt Anhebung der Altersgrenzen	100
1.3	Gesundheit: Bürgerversicherung für alle	104
1.3.1	Demografischer Wandel und medizinischer Fortschritt als Kostentreiber?	104
1.3.2	Vorschläge zur Reform der GKV-Finanzierung	107
1.3.3	Der Vorschlag der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«	116

2.	<i>Sichere Staatseinnahmen durch gerechte Steuerpolitik</i>	123
2.1	Finanzpolitik gescheitert - Die Entwicklung im Überblick	123
2.2	Statt Stabilitäts- und Wachstumspakt eine allokativ und konjunkturell ausgerichtete Staatsverschuldung	127
2.3	Rot-grüne Steuerpolitik: Fiskalisch, sozial und gesamtwirtschaftlich gescheitert	130
2.3.1	Akzeptanzkrise durch chaotische Steuerpolitik	130
2.3.2	Rot-grüner Trendbruch: Steuerentlastung, Lastverschiebung und wirtschaftliche Wachstumsschwäche	134
2.4	Ziele und Folgen des Steuersenkungs Wettbewerbs: Wenig einfacher, aber sozial ungerechter und gesamtwirtschaftlich schädlich	136
2.5	Alternativen der Steuerreform	143
2.5.1	Alternative Einkommensteuer: Der Vorschlag der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«	143
2.5.2	Besteuerung der Vermögen	149
2.5.3	Vorschläge zur Rekommunalisierung des Finanzsystems mit dem Schwerpunkt einer Gemeindewirtschaftsteuer	151
2.5.4	Nachgelagerte Besteuerung der Altersvorsorge?	153
2.5.5	Kampf gegen Steuerhinterziehung	156
3.	<i>Solidarische Verteilungspolitik - starke Tarifverträge, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten</i>	161
3.1	Neoklassische Mindestlohnarbeitslosigkeit und keynesianische Kritik	161
3.2	Der verteilungsneutrale Spielraum wird nicht ausgeschöpft	166
3.3	Nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern -Verkürzung ist wirtschaftspolitisch gefordert	173
4.	<i>Solidarische Arbeitsmarktpolitik - Alternativen zu Ausgrenzung und Disziplinierung</i>	180
4.1	Anschlussfähigkeit und Versprechen des neo-sozialen Konzepts	181
4.2	Die neue deutsche Arbeitsmarktpolitik	184

4.3	Makroökonomische und sozialpolitische Folgen der Aktivierungsstrategie	186
4.4	Konsequenzen der Aktivierungsstrategie	190
4.5	Gesichtspunkte alternativer Reformpfade	192
5.	<i>Ostdeutschland-eine abgehängte Region</i>	198
5.1	Stand der erreichten Angleichung	198
5.2	Potenziale für weitere Angleichung Ost an West?	201
5.3	Risiko Arbeitsmarkt und demografischer Wandel	205
5.4	Folgen der EU-Osterweiterung	207
5.5	Ausblick	211
6.	<i>Vor der Erweiterung-Entwicklungsprobleme der EU</i>	213
6.1	Wachstumsschwäche - hohe Arbeitslosigkeit - Umverteilung von unten nach oben: Ökonomische Entwicklungstendenzen der EU	213
6.2	Soziale Sicherungssysteme in der EU	224
6.2.1	Auswirkungen des Binnenmarktes	225
6.2.2.	Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion	227
6.2.3	Neuere Koordinationsverfahren im Bereich der Sozialpolitik	231
6.3	EU-Osterweiterung politisch gestalten	246
6.3.1	EU-Osterweiterung - größte Herausforderung für die EU und ihre Mitgliedstaaten	246
6.3.2	Voraussichtliche Wirkungen der Osterweiterung auf die EU-15 und die Dominanz der Interessen des westeuropäischen Kapitals	255
6.3.3	Agrarpolitische Probleme und Konsequenzen der EU-Osterweiterung	260
6.3.4	EU-Osterweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit	262
6.3.5	Schlussfolgerungen	264
6.4	Kann die EU auch künftig noch erweitert werden?	266
	Tabellenanhang	273